AUTOMOBILINDUSTRIE

Streit um die neuen BMW-Motoren

Der BMW-Vorstand prüft, ob der Konzern die künftige Generation seiner Sechs-, Acht-, Zehn- und Zwölfzylindermotoren nicht mehr in München, sondern im Ausland produzieren läßt. Die Manager ließen insgesamt zehn Standorte für die Motorenfertigung untersuchen, unter anderem in Ungarn, Österreich, England und Brasilien. Bislang läßt BMW zwar schon seine Dieselmotoren in Österreich montieren und hat auch entschieden, daß die Vierzylinderantriebe gemeinsam mit der britischen Tochter Rover in England gebaut werden. Doch die prestigeträchtigen Oberklassemotoren werden bislang noch von rund 2000 Mitarbeitern in München gefertigt. Der Chef des Gesamtbetriebsrats, Manfred Schoch, kündigt bereits scharfen Protest an, sollte die 800-Millionen-Investition im Ausland erfolgen. „Wenn der Vorstand der Bayerischen Motorenwerke die Motoren nicht mehr in München bauen läßt“, sagt Schoch, „fehlt ihm jegliches Markenbewußtsein.“ Schoch, zugleich stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats, will dem Vorstand die Entscheidung für den Standort München erleichtern. Er ist bereit, über ein Arbeitszeitmodell zu verhandeln, das die neue Motorenfertigung künftig auch an Samstagen ermöglicht.

WERKSFOTO

Motorenmontage bei BMW

VERSICHERUNG

Bußgeld für Volksfürsorge-Chef

Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen hat vier Vorständen der Volksfürsorge Bußgeldbescheide zugestellt. Hans Jäger, noch bis Endes des Jahres Vorstandsvorsitzender der drittgrößten deutschen Lebensversicherung, soll 150 000 Mark aus eigener Tasche zahlen, weil er obskure Finanzierungsmodelle im Wert von 1,3 Milliarden Mark zu verantworten habe. Diese haben nach Ansicht der Behörde mit Versicherungsgeschäften wenig zu tun. Es geht dabei um das sogenannte Optima-Modell, bei dem Versicherungspolicen nach Ansicht von Kritikern vor allem als Steuersparmodell benutzt werden. In einem Brief an Jäger schreibt Knut Hohlfeld, der Präsident des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen, daß dem Volksfürsorge-Chef „die Gründe, aus denen sich die Gesetzwidrigkeit des Geschäfts ergibt, bekannt“ gewesen seien. Wenn sich ein solches Fehlverhalten wiederhole, so Hohlfeld, „wäre ich gezwungen, Ihre Abberufung zu verlangen“. Die Volksfürsorge-Vorstände Herbert Fronert, Paul B. Hagelschuer und Wolfgang Fauter kassierten ebenfalls hohe Bußgeldbescheide aus Berlin. Alle vier Versicherungsmanager haben Einspruch eingelegt.

ACTION PRESS

Jäger

ARZNEIMITTEL

Patienten sollen zahlen

Eine unscheinbare Korrektur der Arzneimittelpreisverordnung wird nach einem Entwurf von Wirtschaftsminister Günter Rexrodt die Mitglieder der Gesetzlichen Krankenkassen mit 40 Millionen Mark zusätzlich belasten. Profiteure der Änderung sind Krankenkassen und Apotheker. Die können bisher im Großhandel erworbene Arzneien mit einem Festzuschlag von 30 Prozent an ihre Kunden weiterreichen – bei allen Medikamenten, die teurer als 70,30 Mark sind. Weil sich die Zahl der von den Apotheken abgegebenen Packungen mit einem Einkaufspreis von über 1000 Mark zwischen 1993 und 1996 nahezu verdreifachte, entstanden laut Verordnungsbegründung „bei hochpreisigen Arzneimitteln extrem hohe Distributionskosten“. Deshalb sollen die Pharmazeuten künftig nur noch einen Festzuschlag von 8,263 Prozent kassieren dürfen – und zwar erst bei Preisen jenseits von 1063,81 Mark. Das hätte die Kassen gefreut und die Apotheker geschmerzt. Gleichzeitig verdoppelt FDP-Mann Rexrodt die gestaffelten Rezepturzuschläge von heute 1,50 Mark, 3 Mark und 4,50 Mark, die Notdienstgebühren steigen von 2 auf 5 Mark. Die Bilanz der Gesetzesänderung: Die Apotheker erwartet ein Plus von rund 24 Millionen Mark, die Krankenkassen sparen mehr als 5 Millionen Mark. Allein die Patienten zahlen die Zeche über die Eigenbeteiligung an Medikamenten: rund 40 Millionen Mark.

AP

Dresdner-Bank-Zentrale in Frankfurt

DRESDNER BANK

Steuerfahnder beim Generalbevollmächtigten

Staatsanwälte und Steuerfahnder haben die Privatwohnung von Siegbert Schneider, dem Generalbevollmächtigen der Dresdner Bank, durchsucht. Die Durchsuchungsaktion steht im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den zurückgetretenen Aufsichtsratsvorsitzenden der Bank, Wolfgang Röller – wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. Schneider soll für mehrere Bankmanager, darunter Röller, die privaten Steuererklärungen erledigt haben. Schneider wird in dem Verfahren gegen Röller nur als Zeuge geführt, ein Ermittlungsverfahren wurde nicht eingeleitet. In der Aufsichtsratssitzung der Dresdner Bank am Dienstag dieser Woche soll Schneider, der sich zu den Vorgängen nicht äußern wollte, zum Vorstandsmitglied der Großbank bestellt werden.